

Georg Kreisler

HEUTE ABEND: LOLA BLAU

Musical für eine Schauspielerin von Georg Kreisler



Mit: Steffi Baur, Simon Kasper

Regie	Magdalena Schönfeld
Bühnen- und Kostümbild	Clara Straßer
Musikalische Leitung	Simon Kasper
Dramaturgie	Lorena Biemann
Regieassistenz	Lisa Kerschkamp
Inspizienz	Birgit Stuckenbrok

Inhalt:

Kurzbiografie Georg Kreisler	S. 3
„Emigranten-Monolog“ Mascha Kaléko	S. 4
Auszug aus: „Wir Flüchtlinge“, Hannah Arendt	S. 5
Interview Georg Kreisler	S. 6
Antisemitismus in Österreich seit 1945	S. 18
Schweiz schließt Grenzen für Verfolgte des Nationalsozialismus	S. 24
Jüdische Auswanderung	S. 26
Rede von Noach Flug anlässlich des Festakts zum zehnjährigen Bestehen der Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft"	S. 31

Kurzbiografie Georg Kreisler

1922 in Wien geboren, war er, wie er über sich selbst einmal sagte „sehr früh fest entschlossen, Musiker zu werden.“ Er lernte Klavier und Violine spielen, auch die Musiktheorie studierte er eifrig. Als er 16 Jahre alt war, musste seine Familie aufgrund ihrer jüdischen Herkunft nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Österreich 1938 nach Amerika fliehen. 1943 nahm er die US-Amerikanische Staatsbürgerschaft an, wurde postwendend zur Armee eingezogen und als Übersetzer und Dolmetscher nach Europa geschickt. Da er aber ein erfolgreiches Musical über Soldaten geschrieben hatte, konnte er mit einer Truppe von Lager zu Lager reisen, um diese damit zu unterhalten. Zurück in den USA zog Georg Kreisler 1946 nach New York und trat dort als Unterhalter und Sänger in Nachtclubs auf. Sein Erfolg war jedoch überschaubar, denn viele Produktionsfirmen mochten seine in „makabren und morbiden“ Liedern geäußerte Kulturkritik nicht. Kreisler hingegen sah den fehlenden Erfolg als typische Ignoranz der Zeitgenossen gegenüber der Satire. 1956 ging er auf mehr Erfolg hoffend zurück nach Wien, lebte daraufhin zeitweise in München und Basel, bevor er 2007 nach Salzburg zog. Dort starb er am 22. November 2011.

(Autobiografie Georg Kreisler „Doch gefunden hat man mich nicht“.)

Mascha Kaléko

Emigranten-Monolog (1945)

Ich hatte einst ein schönes Vaterland,
So sang schon der Flüchtling Heine.
Das seine stand am Rheine,
Das meine auf märkischem Sand.

Wir alle hatten einst ein (siehe oben!)
Das fraß die Pest, das ist im Sturm zerstoßen.
O, Röslein auf der Heide,
Dich brach die Kraftdurchfreude.

Die Nachtigallen wurden stumm,
Sahn sich nach sicherem Wohnsitz um,
Und nur die Geier schreien
Hoch über Gräberreihen.

Das wird nie wieder wie es war,
Wenn es auch anders wird.
Auch wenn das liebe Glöcklein tönt,
Auch wenn kein Schwert mehr klirrt.

Mir ist zuweilen so als ob
Das Herz in mir zerbrach.
Ich habe manchmal Heimweh.
Ich weiss nur nicht, wonach ...

Quelle: „Emigranten-Monolog“, Gedicht von Mascha Kaléko, entstanden 1945.

Hannah Arendt

Wir Flüchtlinge

Vor allem mögen wir es nicht, wenn man uns „Flüchtlinge“ nennt. Wir selbst bezeichnen uns als „Neuankömmlinge“ oder als „Einwanderer“. Als Flüchtling hatte bislang gegolten, wer aufgrund seiner Taten oder seiner politischen Anschauungen gezwungen war, Zuflucht zu suchen. Es stimmt, auch wir mussten Zuflucht suchen, aber wir hatten vorher nichts begangen, und die meisten unter uns hegten nicht einmal im Traum irgendwelche radikalen politischen Auffassungen. Mit uns hat sich die Bedeutung des Begriffs „Flüchtling“ gewandelt. „Flüchtlinge“ sind heutzutage jene unter uns, die das Pech hatten, mittellos in einem neuen Land anzukommen, und auf die Hilfe der Flüchtlingskomitees angewiesen waren.

Wir taten unser Bestes, um anderen Leuten zu beweisen, dass wir ganz gewöhnliche Einwanderer seien. Wir erklärten, dass wir uns ganz freiwillig auf den Weg in ein Land unserer Wahl gemacht hätten, und bestritten, dass unsere Situation irgendetwas mit „sogenannten jüdischen Problemen“ zu tun hätte. Ja, wir waren „Einwanderer“ oder auch „Neuankömmlinge“, die eines schönen Tages ihr Land verlassen hatten – sei es, weil es uns nicht mehr passte, sei es eben aus rein wirtschaftlichen Erwägungen heraus. Wir wollten uns eine neue Existenzgrundlage schaffen, das war alles. Man muss ein Optimist und sehr stark sein, wenn man eine neue Existenz aufbauen möchte. Also legen wir großen Optimismus an den Tag. Unsere Zuversicht ist in der Tat bewundernswert, auch wenn diese Feststellung von uns selbst kommt. Denn schließlich ist die Geschichte unseres Kampfes jetzt bekannt geworden. Wir haben unser Zuhause und damit die Vertrautheit des Alltags verloren. Wir haben unseren Beruf verloren und damit das Vertrauen eingebüßt, in dieser Welt irgendwie von Nutzen zu sein. Wir haben unsere Sprache verloren und mit ihr die Natürlichkeit unserer Reaktionen, die Einfachheit unserer Gebärden und den ungezwungenen Ausdruck unserer Gefühle. Wir haben unsere Verwandten in den polnischen Ghettos zurückgelassen, unsere besten Freunde sind in den Konzentrationslagern umgebracht worden, und das bedeutet den Zusammenbruch unserer privaten Welt. Aber dennoch haben wir sofort nach unserer Rettung – und die meisten von uns mussten mehrmals gerettet werden – ein neues Leben angefangen und versucht, all die guten Ratschläge, die unsere Retter für uns bereithielten, so genau wie möglich zu befolgen. Man sagte uns, wir sollten vergessen. Auf ganz freundliche Weise wurde uns klargemacht, dass das neue Land unsere neue Heimat werden würde; und nach vier Wochen in Frankreich oder sechs Wochen in Amerika gaben wir vor, Franzosen bzw. Amerikaner zu sein.

Um reibungsloser zu vergessen, vermeiden wir lieber jede Anspielung auf die Konzentrations- und Internierungslager, die wir fast überall in Europa durchgemacht haben – denn das könnte man uns als Pessimismus oder als mangelndes Vertrauen in das neue Heimatland auslegen. Wie oft hat man uns außerdem zu verstehen gegeben, dass das niemand hören möchte; die Hölle ist keine religiöse Vorstellung mehr und kein Fantasiegebilde, sondern so wirklich wie Häuser, Steine und Bäume. Selbst untereinander sprechen wir nicht über diese Vergangenheit. Stattdessen haben wir unseren eigenen Weg gefunden, die ungewisse Zukunft zu meistern. Da alle Welt plant und wünscht und hofft, tun wir das auch. Optimismus ist der vergebliche Versuch, den Kopf über Wasser zu halten. Nach außen heiter, kämpfen wir hinter dieser Fassade dauernd mit der Verzweiflung; unter der Oberfläche unseres „Optimismus“ kann man unschwer die hoffnungslose Traurigkeit ausmachen.

Quelle: „Wir Flüchtlinge“, Auszug aus: Hannah Arendt, Wir Flüchtlinge, Reclams Universal-Bibliothek, Stuttgart 2016, gekürzt.

Kabarettist Georg Kreisler

"Man schreibt Böses, um Gutes zu bewirken"

In seinen Liedern ließ er Tauben vergiften, Kinder zertrampeln und Atomkraftwerke explodieren – ein Interview mit dem Kabarettisten und Anarchisten Georg Kreisler in seinem 90. Lebensjahr.

Von Peter Kümmel und Sabine Rückert

28. Juli 2011 DIE ZEIT NR. 31/2011

Als wir Georg Kreisler besuchen, herrschen in Salzburg Temperaturen von über 30 Grad Celsius. Auf der Anfahrt beschleicht uns die Sorge, unser Gesprächspartner – der immerhin auf die 90 zugeht – könnte sich nicht kräftig genug fühlen für ein langes Interview. Doch als wir an seinem Haus in der Nähe des Aigner Schlosses klingeln, macht uns ein gut gelaunter alter Herr auf, der darauf brennt, unsere Fragen zu beantworten. Es gibt keinen besonderen Anlass, Georg Kreisler zu interviewen, außer dass er seinen 89. Geburtstag gefeiert hat und außer dass er der eigenwilligste und abgedrehteste Liedermacher ist, den wir kennen, und außer dass wir froh sind, dass er noch lebt. Seine kabarettistischen Songs sind voller Witz und Tücke. Grausam, grenzenlos, gemein und genial. Manchmal bloß surrealistische Wortspiele wie "Max auf der Rax", manchmal traurig wie "Mein kleines Mädele", manchmal schwermütig wie "Ich kann tanzen", manchmal verliebt wie "Verlassen", manchmal verrückt wie der "Opernboogie". Auch politische Lieder hat Kreisler in den sechziger und siebziger Jahren geschrieben, nicht selten mündeten sie in herbeifantasierte Revolten oder Blutbäder. Wenn er sang, hämmerten seine Finger mit enormer Virtuosität auf das Piano ein – auf Tonträgern kann man es immer noch hören. Das Klavier bildet nach wie vor das Zentrum seines Wohnzimmers.

DIE ZEIT: Herr Kreisler, vor Ihnen sitzen zwei Journalisten, die Ihre Stimme, Ihre Lieder und Ihr rasendes Klavierspiel seit ihrer Kindheit kennen. Unsere Eltern haben uns Ihre Platten geschenkt, und Ihre Lieder haben uns ein Leben lang begleitet. Spielen Sie immer noch jeden Tag Klavier?

Georg Kreisler: Nein. Warum? Jeden Tag wär doch langweilig. Ich geh ans Klavier, wenn ich komponiere – allerdings nur ernste Musik. Mit dem Liederschreiben habe ich schon in den achtziger Jahren aufgehört.

ZEIT: Wieso?

Kreisler: Ich hab gemerkt: Mir fällt nichts Gescheites mehr ein. Ich hab neue Lieder weggeworfen und weggeworfen und schließlich begriffen: Ich hab in meinen Liedern alles gesagt.

ZEIT: Sie hatten am 18. Juli Geburtstag, Sie sind ins 90. Lebensjahr eingetreten.

Kreisler: Dafür bin ich dankbar. Ich höre gut, sehe gut, fahre Auto. Nur die Beine sind schlecht.

ZEIT: Da geht es Ihnen wie dem alten Portier in Ihrem Lied Unheilbar gesund, das vom Altwerden handelt. Der Portier bewegt sich mit seiner Nichte durch eine sich auflösende Welt, und zuletzt heißt es: "Doch die Nichte wird zum Nichts / und in seinen Füßen sticht's / er bleibt stehen, denn die Füße tun ihm weh..." Jetzt sind Sie selber unheilbar gesund.

Kreisler: Meine Beine sind unheilbar, das stimmt. Sonst bin ich gesund. Nur langsamer bin ich geworden, komplizierte Passagen am Klavier hab ich früher besser gespielt.

ZEIT: In Ihrer Autobiografie sagen Sie: "Nur die Unzufriedenheit macht glücklich." Was meinen Sie damit?

Kreisler: Mit Unzufriedenheit meine ich, dass man nicht aufhören soll, nach etwas zu streben. Sich für etwas zu interessieren. Gerade hat mir meine Frau aus der Zeitung vorgelesen, dass sich jetzt Rentner melden, um an Bahnhöfen anderen alten Leuten beim Umgang mit den Automaten zu helfen. Ich denke mir, das können doch nur Rentner sein, die wirklich nichts anderes zu tun haben. Es ist schön, dass sie sich melden, aber es ist gleichzeitig ein Armutszeugnis: Ist ihnen langweilig? Lesen sie keine Bücher? Hören sie keine Musik? Interessieren sie sich nicht für Politik? Interessieren sie sich nicht für Kunst? Gar nichts? Lieber helfen sie anderen Leuten, Fahrkartencomputer zu bedienen. Ein trauriges Zeichen.

ZEIT: Wieso? Das ist doch freundlich! Alte Leute plagen sich am Automaten ab, und dann kommt einer und hilft...

Kreisler: Es ist hilfreich wie jede Arbeit, das wohl. Aber es ist Arbeit. Der Ruhestand ist für anderes da. Reisen, lesen, Musik hören, Gespräche führen, sich für Dinge interessieren, für die keine Zeit war und die nicht im Fernsehen zu sehen sind. Sich weiterentwickeln.

ZEIT: Obwohl man nicht mehr nützlich ist?

Kreisler: Man ist nützlich, wenn man sich weiterentwickelt.

ZEIT: Nicht mehr nützlich für den Arbeitsmarkt.

Kreisler: Was ist schon der Arbeitsmarkt...

ZEIT: Und als Ziel bleibt: klüger sterben?

Kreisler: Das Ziel heißt: sich nicht mehr ausnützen lassen, sondern Dinge tun, die Freude machen. Vielleicht macht es den Rentnern ja Spaß, alten Leuten zu helfen, aber das ist ein Eingeständnis, dass sie sich ohne Arbeit nutzlos fühlen. Die Bahn sollte lieber jemanden anstellen, der den alten Leuten hilft, und nicht Rentner, die ohnehin ihr Leben lang geschuftet haben, erneut ausbeuten. Immerhin hat die Bahn selbst ja diese undurchschaubaren Computer aufgestellt.

ZEIT: Martin Walser sagte, als er einen hohen Geburtstag beging, er sei "sensationell unvorbereitet" auf das Alter. Obwohl er sein Leben lang über Menschen geschrieben hat, die Probleme mit dem Altern haben. Ist Ihnen dieses Gefühl vertraut?

Kreisler: Nichts, was Martin Walser sagt, ist mir vertraut. Es ist die typische Äußerung von jemandem, der das Alter als Fluch empfindet. Ich finde das überhaupt nicht. Das Alter ist manchmal unangenehm, aber andere Sachen sind auch unangenehm. Das Alter ist eine ganz spezielle Lebenszeit, vorbereiten kann man so was nicht. Das Alter ist auch ein Erlebnis. Wie gesagt, ich bin dankbar.

ZEIT: Was ist das Schöne am Alter?

Kreisler: Eine gewisse Unerschrockenheit. Man hat keine Angst mehr. Ich hab keine Angst vor dem Tod, der kommt eh bald. Als ich jünger war, hab ich mehr Angst gehabt. Mich was zu trauen beispielsweise oder bei etwas erwischt zu werden. Das alles fällt im Alter ziemlich weg. Ich hetze mich nicht mehr, strenge mich nicht dauernd an. Wenn ich heute Nachmittag Musik hören

möchte, dann kann ich das. Früher konnte ich das nicht, immer war irgendwas zu erledigen. Heute verschiebe ich das zu Erledigende auf morgen. Ohne Gewissensbisse.

ZEIT: Haben Sie für sich selbst schon ein Requiem komponiert?

Kreisler: Nein. Die Nähe des Todes spricht sowieso aus allem, was ich schreibe und komponiere. Ich brauche kein Requiem.

ZEIT: Wie, glauben Sie, wird es nach Ihrem Tod weitergehen?

Kreisler: Ich werde in einen Kreislauf der Natur übergehen. Und irgendwie wieder auf die Welt kommen. Das Materielle geht nicht verloren.

ZEIT: Sie haben Ihrer sterbenden Mutter Bach auf dem Klavier vorgespielt.

Kreisler: Das hatte sie sich gewünscht. Ich war 20 und habe ihr alles Mögliche vorgespielt, das Wohltemperierte Klavier oder eine Suite, ich weiß nicht mehr.

ZEIT: Was soll man dereinst an Ihrem Totenbett spielen?

Kreisler: Gar nichts.

ZEIT: Keine Musik am Totenbett des Musikers?

Kreisler: Keine Musik. Ein Freund von mir, er war Geiger, ist zu Musik eingeschlafen. Ich möchte lieber mit meinen Gedanken allein sein, wenn ich noch welche habe.

ZEIT: Glauben Sie an Gott?

Kreisler: Ja. Welcher Art dieser Gott ist und ob es nicht vielleicht mehrere sind, weiß ich nicht, nur dass er über unseren Horizont geht. Ich vergleiche den Menschen immer gern mit einem Hund, dem man den Unterschied zwischen England und Deutschland zu erklären versucht. Es geht über seinen Horizont, wie Gott über unseren. Aber ich glaube, dass es irgendwas gibt, das unser Leben bestimmt und den Gang des Weltalls.

ZEIT: Sie haben also das Gefühl, nicht allein zu sein.

Kreisler: Genau. Wenn ich etwas schreibe oder komponiere, habe ich das Gefühl, dass es mir eingeflüstert wird. Die Ideen kommen nicht aus mir selber, sondern von irgendwo außerhalb. André Gide hat gesagt: "Jedes Kunstwerk ist eine Zusammenarbeit zwischen dem Künstler und dem lieben Gott. Und je weniger der Künstler dazu beiträgt, desto besser wird es."

ZEIT: Halten Sie sich als Künstler für ein Werkzeug Gottes?

Kreisler: Nein. Ich halte mich nicht für so wichtig, dass ich ein Werkzeug dieser fantastischen Kraft sein könnte.

ZEIT: Sie sind 1938 als 15-Jähriger von Österreich in die USA emigriert, weil Sie Jude sind. Von dort kehrten Sie 1955 wieder zurück nach Wien. Sie sind dann Ihr Leben lang zwischen Österreich, Deutschland und der Schweiz hin und her gewandert, aber immer Amerikaner geblieben. Sie nennen sich selber einen Fortgeher. Was ist ein Fortgeher?

Kreisler: Wenn es mir irgendwo nicht mehr gefällt, dann geh ich woandershin. Aus Amerika ging ich weg, als ich gesehen habe, ich komme in New York nicht weiter. Aus Wien bin ich nach

München, weil ich wieder das Gefühl hatte, ich komme nicht weiter. Von München bin ich nach Wien zurück, denn auch in Deutschland bin ich nicht weitergekommen, und bis zu einem gewissen Grad auch in der Schweiz nicht. Ich lebte zeitweise in Berlin, und von dort gingen meine Frau Barbara und ich auch wieder weg, weil wir Berlin satt hatten.

ZEIT: Wie der ruhelose Jude in Ihrem Lied Ich fühl mich nicht zu Hause .

Kreisler: Ich bin ein heimatloser Mensch, mich stört das Fortgehen nicht. Ich habe nie Heimweh nach irgendwas. Bis heute. Für mich sind die Kunst oder die Sprache oder die Musik Heimat genug. Und meine Frau Barbara. Wenn ich morgen Salzburg den Rücken kehren wollte, würde ich das ebenfalls ohne Schmerz tun.

ZEIT: In Berlin waren Sie ebenfalls nicht glücklich.

Kreisler: Immerhin hab ich zwölf Jahre dort gewohnt. Es war ein Hin und Her zwischen dem Kabarett der "Wühlmäuse" und dem der "Stachelschweine", aber es hat sich nie etwas ergeben, wo ich das Gefühl hatte: Dafür lohnt es sich zu bleiben. Wenn mich beispielsweise ein Theater engagiert hätte, einige Stücke pro Jahr zu schreiben oder Stücke zu inszenieren: Das hätte mich interessiert.

ZEIT: Warum hat sich niemand näher mit Ihnen eingelassen?

Kreisler: Das müssen Sie die fragen!

ZEIT: Meinen Sie, das hatte mit Antisemitismus zu tun?

Kreisler: Ach, sicherlich spielte der Antisemitismus eine Rolle, aber im Großen und Ganzen lag es eher daran, dass die Intendanten und Regisseure und Fernsehgewaltigen sich dachten: Hm, der Kreisler ist ein Mensch, der mir Schwierigkeiten macht. Und so blieb ich immer außerhalb ihrer Sichtweite. Ich werde entweder total boykottiert – wie in Wien bis heute –, oder man zieht mich gar nicht erst in Betracht.

ZEIT: Aber wie wurden Sie dann so berühmt, wenn die großen Kulturmacher und die Massenmedien Sie ignoriert haben? Die große Kraft, Sie bekannt zu machen, hat es offenbar nicht gegeben.

Kreisler: Doch, das Publikum. Es ist mir immer treu geblieben. Berühmt geworden bin ich durch Mundpropaganda.

ZEIT: Wer ist Ihr Publikum?

Kreisler: Es sind Leute wie Sie, die meine Platten von ihren Eltern geschenkt bekamen und die meine Platten an ihre Kinder weiterschenken. Mein Publikum vererbt sich weiter. Es ist sehr viel Jugend dabei. Und sie kommen. Wir sind auf der Abschiedstournee im vergangenen Frühling in 20 verschiedenen Häusern aufgetreten, von Berlin bis Stuttgart, es war immer ausverkauft.

ZEIT: Sonst ist eine Tournee doch eher eine einsame Sache. Man vermischt sich zwei Stunden lang mit dem Publikum...

Kreisler: ...und am Ende ist man allein, und am nächsten Tag reist man weiter. Ein trübes Geschäft.

ZEIT: Haben Sie das Publikum mal an sich herankommen lassen?

Kreisler: Ja – einmal besonders nah. Das war in der Stuttgarter Liederhalle. Aber es ist lange her. Es war ausverkauft, und vor der Tür standen noch ungefähr 30 Leute, die keine Karten mehr bekommen hatten. Da hab ich gesagt: Auf der Bühne ist noch Platz, da steht ja nur mein Klavier, dort könnten doch noch Leute sitzen. Aber die Feuerwehr war dagegen: Auf die Bühne, hieß es, dürften nur Leute, die mitwirken. Dann wirken sie eben mit, sagte ich. Wir stellten Stühle auf die Bühne, und ich habe mit ihnen Kinderlieder gesungen, und somit wurden sie mein Chor und durften auf der Bühne sitzen bleiben. So was könnte man heute wahrscheinlich nicht mehr machen.

ZEIT: Die Blumengießer aus Ihrem gleichnamigen Lied, gibt es die in Ihrem Publikum auch?

Kreisler: Natürlich. Blumengießer, das sind die Ignoranten, diejenigen, die sich weder für Politik noch fürs Weltgeschehen interessieren und die einfach so – wie wir jetzt – dahinplaudern, was mich übrigens sehr stört. Ich möchte lieber über wirkliche Dinge reden, nicht nur über mich.

ZEIT: Worüber möchten Sie reden?

Kreisler: Ich bin ein politischer Mensch. Alles, was ich tue, hat damit zu tun, dass wir in einer Welt voll Ungerechtigkeit leben. In einer Welt, wo die Schere zwischen Arm und Reich immer größer wird und Milliarden Menschen von ein paar Hundert regiert werden. Und zwar nicht von Politikern, sondern von denjenigen, die den Politikern sagen, was sie tun müssen. Schauen Sie sich bloß die Atomwirtschaft an! Ich habe vor Jahren ein Lied mit dem Titel Spielen wir Unfall im Kernkraftwerk geschrieben.

ZEIT: Das Lied handelt vom Super-GAU, es ist in Fukushima Wirklichkeit geworden.

Kreisler: Was maßen sich diese Leute eigentlich an, auch die in der Politik, wenn sie sagen: Also gut, in zehn Jahren schaffen wir die Atomkraft ab? Was kann in diesen zehn Jahren alles schiefgehen! Es können ganze Teile Europas, auch Deutschlands, unbewohnbar werden für tausend Jahre. Hunderttausende können zugrunde gehen. Es ist ungeheuer, dass die Kernkraftwerke nach dem GAU in Japan nicht sofort abgeschaltet wurden, sondern dass alle damit zufrieden sind, dass in zehn Jahren vielleicht jemand etwas unternimmt. Und so gibt es unzählige Sachen, die uns diktiert werden von den paar Mächtigen, die in Milliarden schwimmen. Es geschehen täglich Ungerechtigkeiten unvorstellbaren Ausmaßes, und das bringt mich auf. Ich frage mich, was kann ich dagegen machen – und stelle fest: Ich kann nix dagegen machen.

ZEIT: Finden Sie nicht, dass Sie übertreiben?

Kreisler: Diesen Einwurf habe ich erwartet. Sie werden meinen politischen Standpunkt eh nicht abdrucken. Die Medien, vor allem das Fernsehen, dienen doch bloß noch der lockeren Unterhaltung, der allgemeinen Verblödung. Die Menschen sollen alles gut finden, wie es ist, und vergessen, dass sie regiert werden von einigen wenigen, die nur an sich selber denken und an weiteren Profit.

ZEIT: In einem Ihrer Lieder heißt es: "Es hat keinen Sinn mehr, Lieder zu machen, statt die Verantwortlichen niederzumachen."

Kreisler: Dieses Lied ist lange her...

ZEIT: ...aber Sie reden noch genauso.

Kreisler: Der Aufstand der Jugend in den sechziger, siebziger Jahren hat Spuren hinterlassen, aber grundsätzlich hat sich nichts geändert.

ZEIT: Heute gibt es einen Aufstand im Maghreb, das Volk erhebt sich gegen seine Diktatoren.

Kreisler: Und in Spanien und Griechenland steht die Jugend auf. Und es ist höchste Zeit, dass das geschieht. Sie lehnen sich auf gegen die Befehlsempfänger in den Ministerien, die ihre Anweisungen vom Kapital bekommen und sie dem Volk als Sachzwänge verkaufen. Und gegen die Medien, die großen Beschwichtiger. Die bringen lustige Ratespiele, anstatt die Leute aufzurütteln.

ZEIT: Aufrütteln – das tun viele Zeitungen doch.

Kreisler: Die meisten bestätigen das Gegenwärtige. Und wer gegen den Mainstream schreibt, wird abserviert. Viele meiner Lieder waren jahrelang in Funk und Fernsehen verboten. Heute gelten sie als harmlos, und man hat andere Lieder, andere Themen gefunden, die verboten sind. Eine Zensur findet statt. "Empört euch!", hat der französische Philosoph Stéphane Hessel gerufen. Und ich empöre mich. Mehr kann ich leider nicht tun.

ZEIT: Sehen Sie sich selbst also als den unbedeutenden Triangelspieler aus Ihrem Lied Das Triangel? Er sitzt mitten im Orchester und darf nur ein Mal aufstehen und "Bim" machen.

Kreisler: So ähnlich sehe ich mich tatsächlich. Man kann als Mann am Klavier die Menschen bloß dazu bringen, nachzudenken und zu erkennen, dass sie benutzt werden – jeden Tag. Mehr nicht.

ZEIT: Sie haben zwar persönlich nie Gewalt angewandt, aber mitunter sehr gewalttätige Texte geschrieben. "Es geht ein Messerwerfer quer durch meine Wut", heißt es bei Ihnen. Wir denken auch an das Kapitalistenlied, wo die Massen mit Revolvern in Schach gehalten werden, oder das Lied Dann geht's mir gut, das von einem Kellner handelt, der am liebsten Handgranaten werfen würde. Es wird überhaupt viel getötet in Ihren Liedern.

Kreisler: Auch Osama bin Laden musste getötet werden, Gadhafi muss getötet werden. Sie verdienen den Tod. Ich bin kein Gegner der Todesstrafe.

ZEIT: Da sind Sie ganz Amerikaner.

Kreisler: Bis zu einem gewissen Grad – ja.

ZEIT: Sie sind politischen Verbrechern schon als ganz junger Mann begegnet – Sie haben als amerikanischer Soldat den Nationalsozialisten Julius Streicher, Herausgeber des antisemitischen Hetzblatts Stürmer, verhört. Später haben Sie die Begegnung als einen Moment der Ernüchterung beschrieben: Streicher, eine fahle Gestalt, die nichts Dämonisches an sich hatte.

Kreisler: Nein, er war nicht mehr ganz bei Sinnen. Aber er wusste noch, was er gemacht hatte.

ZEIT: Was haben Sie da empfunden?

Kreisler: Ekel. Göring – schlank geworden – war auch da und noch andere.

ZEIT: Wie sah Streicher aus?

Kreisler: Ein kleiner, alter, hässlicher Mann. Ich seh ihn noch schemenhaft vor mir. Er hat sich die Hosen gehalten, denn man hatte ihm Gürtel und Hosenträger weggenommen.

ZEIT: Er wurde später hingerichtet.

Kreisler: Ja. Er hat, als er da stand, noch "Heil Hitler" gerufen. Ich war damals 22 Jahre. Ich frage ihn: "Wie heißen Sie?"

Kreisler macht eine lange Pause, um Streichers geistige Abwesenheit zu demonstrieren, und fährt dann mit dünner Stimme fort.

"Julius Streicher." Er musste richtig nachdenken. "Beruf?", frage ich.

Wieder macht Kreisler eine lange Pause und antwortet sich dann mit einfältigem Gesichtsausdruck.

"Volksschullehrer." Das war er wirklich – vorher.

ZEIT: Hasst man so jemanden?

Kreisler: Nein, aber man ist damit einverstanden, dass er hingerichtet wird. Ich war damit einverstanden. Er war ein Massenmörder und Schwerverbrecher.

ZEIT: Als Sie 1955 aus den USA nach Wien zurückkehrten, haben Sie da eine verwandelte Stadt vorgefunden?

Kreisler: Nicht so sehr. Alles war noch da. Wien hat kaum Schaden gelitten durch den Krieg, die Geschäfte aus meiner Kindheit waren zum Großteil noch da.

ZEIT: Und die Menschen?

Kreisler: Auch – die hatten sich allerdings verwandelt. Alle Täter waren plötzlich Opfer. Alle fanden den Nationalsozialismus plötzlich furchtbar. Natürlich, der Krieg war furchtbar, aber vorher war es nicht furchtbar, außer für uns Juden.

ZEIT: Billy Wilder soll gesagt haben: "Die Optimisten kamen nach Auschwitz, die Pessimisten nach Beverly Hills." Was meinte er damit?

Kreisler: Die Optimisten haben geglaubt, es würde schon nicht so schlimm, bis man sie abgeholt hat. Die Pessimisten waren da längst in Kalifornien. In Wien hat man als Jude seine Hoffnung allerdings nicht lange pflegen können, da ist es sehr schnell sehr schlimm geworden. Auch mein Vater, ein Rechtsanwalt, stand auf einer Todesliste.

ZEIT: Sind Sie praktizierender Jude?

Kreisler: Nein.

ZEIT: Was an Ihnen ist typisch jüdisch?

Kreisler: Man geht durchs Leben und fühlt sich in gewisser Weise verfolgt. Ich war mir immer darüber im Klaren, dass es überall Antisemitismus gibt. Und ich stoße bis heute immer wieder darauf. Als ich nach Amerika kam, war es noch ganz legal, Tafeln vor Restaurants aufzustellen: "Nur für Arier". Das ist erst in den fünfziger Jahren abgeschafft worden. Auch in amerikanischen Nachtlokalen wurde ich als Pianist nicht genommen, denn sie wollten keine Juden. Das prägt die Mentalität eines jungen Mannes.

ZEIT: Aber Sie machen sich in Ihren Liedern auch lustig über die Juden.

Kreisler: Natürlich. Das machen alle Juden. Das ist der jüdische Witz. Eine Art Galgenhumor.

ZEIT: Haben Sie sich je überlegt, in Israel zu leben?

Kreisler: Ja, ich hab es mir überlegt und dann verworfen. Es ist doch ein sehr anderes Land. Sehr orientalistisch. Und warum dort gekämpft wird, ist mir nicht bekannt.

ZEIT: Ist das ein Scherz?

Kreisler: Ich finde den ganzen Staat Israel keine sehr gute Idee. Aber jetzt ist er nun mal da, jetzt muss man ihn auch verteidigen.

ZEIT: Was hätten Sie nach dem Krieg denn vorgeschlagen? Hätten Sie den Juden Bayern zugewiesen?

Kreisler: Die Juden haben Jahrtausende lang inmitten anderer Völker gelebt. Was brauchen sie jetzt unbedingt ein eigenes Land? Man muss den Antisemitismus bekämpfen, einen Staat zu gründen hilft den Juden wenig.

ZEIT: Also ist Heimatlosigkeit in Ihren Augen typisch jüdisch.

Kreisler: Juden sind nicht heimatlos. Meine Eltern haben sich nie heimatlos gefühlt. Sie waren patriotische Österreicher. Mein Vater hat es im Ersten Weltkrieg bis zum Oberleutnant gebracht. Auch Heinrich Heine war überzeugter Deutscher.

ZEIT: Und was sind Sie?

Kreisler: Ich bin tatsächlich heimatlos. Aber durch die Umstände geworden.

ZEIT: Werden Ihre Nichtarischen Arien, also jene Liedersammlung, in der es um das Leben und das Innenleben der Juden geht, auch in Israel gehört?

Kreisler: Sie wurden dort verkauft und im Radio gespielt, ob das heute noch so ist, weiß ich nicht. Es gab tatsächlich Juden, die haben mein Lied Ich fühl mich nicht zu Hause verfälscht und umgetextet. Das habe ich ihnen verboten.

ZEIT: Davon haben wir nie gehört.

Kreisler: Doch, sie haben das Lied so verändert, dass das lyrische Ich zuletzt in Israel bleibt und behauptet: "Denn hier bin ich zu Hause und nicht die PLO." Also das Gegenteil dessen, was ich geschrieben hatte.

ZEIT: Das heutige Deutschland – ist das in Ihren Augen ein schlafender Antisemit?

Kreisler: Ich glaube, Deutschland ist ein schlafender Revolutionär. Man wird auch in Deutschland in Massen auf die Straße gehen. Das Fernsehen wird eines Tages als Betäubung nicht mehr reichen, um die Elendsviertel in Berlin zu vergessen, wo die Ausgegrenzten leben. Sie sehen: Ich werde im Alter immer kraftloser und gleichzeitig immer wütender.

ZEIT: Man hat Ihnen früher weniger Wut unterstellt, vielmehr Menschenhass. Ihre Lieder zeugten von unsäglichlicher Freude am Unglück anderer, hieß es. Vor allem für Ihr Lied vom brennenden Zirkus, in dem Tiere verbrennen und Kinder totgetrampelt werden, wurden Sie heftig kritisiert. Muss man ein Sadist sein, um den Zirkus zu dichten?

Kreisler: Das Lied Als der Zirkus in Flammen stand handelt vom Voyeurismus, von der Abstumpfung der Menschen. Die Figur des Jago aus Othello ist ein furchtbarer Schurke –

bedeutet das, dass Shakespeare selber ein Schurke war? Quatsch. Man schreibt doch Böses, um das Gute zu bewirken. Es kann keine Rede davon sein, dass böse ist, wer so was schreibt. Aber die Fernsehleute haben es genauso gesehen wie Sie: Deshalb haben sie mich aus dem Programm verbannt.

ZEIT: Ihre Tochter Sandra – die wie Sie auf der Bühne steht und unter anderem Ihre Lieder singt – hält Sie für keinen besonders freundlichen Menschen.

Kreisler: Ja, sie hat wenig schmeichelhafte Dinge über mich gesagt.

ZEIT: In einem Interview beschreibt sie, wie Sie – ähnlich wie Thomas Mann – früher die Kinder von sich ferngehalten hätten. Sie hätten Ihre Kinder geliebt, aber immer weniger verstanden. Sie sagte sinngemäß: Mein Vater war eben ein Genie, und damit musste ich leben.

Kreisler: Keine Spur von Thomas Mann in mir! Ich habe die Kinder so liebevoll, wie es mir möglich war, erzogen, alle Zeit ihnen gewidmet. Und wenn meine Tochter ihre Hassbriefe an mich so begründet, dann ist das eine dumme Ausrede.

ZEIT: Wie kommt das denn, dass die Kinder einen hassen?

Kreisler: Das fragen Sie mich, und ich kann es Ihnen nicht beantworten. Als ich mich von ihrer Mutter, der Sängerin Topsy Küppers, getrennt habe, da waren sie 14 und 16 Jahre alt. Damals sind sie auf eigene Faust mit mir nach Berlin gegangen und nicht mit ihrer Mutter. Und ein paar Jahre später sind sowohl mein Sohn als auch meine Tochter immer böser zu mir geworden und immer abweisender.

ZEIT: Haben Sie nicht auch bei sich gesucht: Was könnte an mir sein, dass meine Kinder mich ablehnen?

Kreisler: Natürlich hab ich das, hab aber nichts gefunden. Ich war ein ausgesprochen liebender Vater. Ich habe ihnen nie gesagt, sie nähmen mir Zeit weg. Ich habe auch später immer versucht, sie zu unterstützen, in jeder Beziehung. Hab mich immer gefreut, sie zu sehen. Sie haben mir das mit Bosheiten gelohnt. Und als sie beide über 30 Jahre alt waren, habe ich schließlich gesagt: Jetzt hab ich mir genug angehört von euch – macht eure Sache allein. Daran habe ich mich seither gehalten, und das ist jetzt auch schon 20 Jahre her.

ZEIT: Aber Ihre Tochter singt Ihre Lieder – ist das nicht aufschlussreich?

Kreisler: Meine Tochter ist früher auf die Bühne gegangen und hat gesagt: Georg Kreisler – das sind zwei verschiedene Menschen, einerseits schreibt er wunderbare Lieder, andererseits ist er ein Arschloch. Bis sie merkte, dass das beim Publikum nicht so gut ankam, dann hat sie es bleiben lassen.

ZEIT: Irgendwo in Amerika läuft heute ein etwa 70-jähriger Herr herum – das ist Ihr ältester Sohn.

Kreisler: Ich habe ihn das letzte Mal gesehen, da war er acht Jahre.

ZEIT: Ist das nicht merkwürdig?

Kreisler: Es ist schmerzlich. Ich habe sehr um ihn gekämpft. Als seine Mutter – sie war die Tochter des Komponisten und Kabarettisten Friedrich Hollaender und meine erste Frau – mich verließ, hat sie ihn mir weggenommen. Sie ist eine strenge Kommunistin gewesen, trotzdem waren die amerikanischen Richter der Meinung, ein Kind gehöre zu seiner Mutter. Ich war damals

amerikanischer Soldat. In Europa stationiert. Und sie hat mir sehr deutlich gezeigt, dass sie sich nicht mehr mit mir verbunden fühlt.

ZEIT: Sie haben immer wieder viel Ablehnung und Ärger erfahren.

Kreisler: Was bin ich in den sechziger Jahren wegen meines schwarzen Humors angegriffen worden! Das kannte man damals nicht. Übrigens, exzessiv attackiert wurde ich auch, als ich eine Parodie auf Max Frischs Andorra geschrieben habe: Sodom und Andorra hieß die.

ZEIT: Sie haben Frisch auch ein Lied gewidmet: Max.

Kreisler: Das war, als ich in den fünf Züricher Zeitungen, die es damals gab, der Parodie wegen infernalisch beschimpft wurde. Frisch – für den ich keine große Achtung hege – war damals das Nationalheiligtum der Schweizer. Danach hat mir jemand im Funk die Gelegenheit gegeben, mich zu rechtfertigen, und ich sang das Lied vom Max.

ZEIT: Haben Sie Frisch in Ihrer Schweizer Zeit kennengelernt?

Kreisler: Nein, aber Friedrich Dürrenmatt.

ZEIT: Was war das für ein Mann?

Kreisler: Sehr gescheit, klug, interessant. In meinen Augen das Gegenteil von Frisch. Frisch war Architekt, und so hat er auch geschrieben.

ZEIT: Auch Charlie Chaplin haben Sie gekannt.

Kreisler: Ja, aber das war früher, 1947, in den Studios von Hollywood, ich habe für ihn Klavier synchronisiert. Im Film Monsieur Verdoux spielt Chaplin Klavier, aber hören tut man mich. Ich habe auch seine Musikideen vertont. Chaplin konnte keine Noten lesen. Also piffte er Melodien, ich schrieb die Noten auf und brachte sie zu Hanns Eisler, der in Malibu wohnte und aus meinen Noten die Musik arrangierte. Chaplin war sehr liebenswürdig und ungeheuer sozial eingestellt. Ich kann nur Gutes über ihn sagen. Eisler war eher kühl. Er nahm nur schnell die Noten in Empfang und schloss die Tür.

ZEIT: Bereuen Sie es manchmal, nach Europa zurückgekehrt zu sein? Wenn Sie sich mit Ihren surrealistischen Liedern in den USA durchgesetzt hätten, wäre der Erfolg ungleich größer gewesen.

Kreisler: Nein, die USA haben schon in den frühen Fünfzigern, in der McCarthy-Ära einen finsternen Weg beschritten, von heute ganz zu schweigen. Auch wenn ich dieser Tage in die USA reise – es ist jedes Mal eine Qual. Die Restriktionen, die Prüfungen. Es ist ekelhaft. 1947 habe ich schwarze Lieder noch auf Englisch geschrieben. Die Platte hieß Please Shoot Your Husband. Nach ein paar Wochen teilte mir die Plattenfirma mit, dass ihre Vertreter sich weigerten, die Platte zu vertreiben.

ZEIT: Ihre amerikanischen Lieder kann man heute im Internet hören.

Kreisler: Zu meiner Zeit gab es kein Internet, da konnten die Fernsehsender und die Plattengesellschaften verhindern, dass die Öffentlichkeit mich hört. Seither agierte ich am Rande. Heute sind die Leute klüger durch das Internet. Und deshalb wird eines Tages auch eine Revolution kommen. Dann werden die Massenmedien aufwachen und ihrem Erziehungsauftrag wieder nachgehen. Erziehung kann ja durchaus unterhaltsam sein. Wie man an Erich Kästner sieht, der mich stark beeinflusst hat.

ZEIT: Kästner war am Ende resigniert. Er saß am Fenster in München und trank Whiskey.

Kreisler: Ich weiß, ich habe ihn dort kennengelernt. Er gehört zu meinen Seelenverwandten wie Ringelnatz, Morgenstern, Nestroy.

ZEIT: Zurück zum Internet – Sie bezeichnen sich selber als Anarchisten und glauben daher an die Masse und ihre Schwarmintelligenz?

Kreisler: Ja. Ich traue der Masse viel zu.

ZEIT: Das wundert uns, in der ersten Hälfte Ihres Lebens war die Masse eher bestialisch.

Kreisler: Jetzt erweist sie sich eventuell als heilsam. In den arabischen Ländern weiß man, man will nicht zu den Mubaraks zurück. Die Masse ist durch das Internet nicht mehr so manipulierbar wie zu meiner Zeit. Früher wurden die Leute durch das Radio beschallt. Das Internet dagegen ist Anarchismus. Es wird dort natürlich auch viel Schmarren verbreitet, das sehe ich schon, wenn ich mich hin und wieder an den Computer begeben und aufrufe, was über mich selbst geschrieben wird. Aber trotzdem könnten die Völker durch das Internet aufgeklärt werden und erfahren, dass es eine Welt außerhalb von Diktaturen gibt.

Das Interview geht zu Ende, wir schauen uns um. Obwohl Georg Kreisler auch in diesem Haus erst seit vier Jahren lebt, ist jedes Zimmer vollgestopft. Er schleppt offenbar sein ganzes Leben mit sich herum. An den Wänden hängen Bilder. Tische und Tischchen, Lampen und Lämpchen, Figuren und Figurinen füllen den Raum. Drei Lkw und 400 Kisten waren für den letzten Umzug nötig. "Nichts wirklich wertvoll", sagt Kreisler, "aber an allem hängt eine Erinnerung." Da steht eine lauschige Hausbar, im Gartenhaus gibt es noch eine zweite, die haben Kreisler und seine Frau, die Schauspielerin Barbara Peters, aus Amerika importiert. Frau Peters kommt während des Gesprächs ab und zu herein und schaut, ob die Gäste noch genug Kuchen und Mineralwasser haben. Kreisler schaut seine 20 Jahre jüngere Frau an. "Wirst du mich noch lieben, wenn ich so alt bin wie der Johannes Heesters?", fragt er sie. Und sie antwortet: "Den Heesters hab schon als jungen Mann nicht gemocht. Dich mag ich auch mit hundert."

ZEIT: Haben Sie nach einem so aufregenden Leben noch Wünsche?

Kreisler: Ich möchte so lange wie möglich mit meiner Frau Barbara zusammen sein. Es ist eine sehr gute Ehe.

ZEIT: Immerhin Ihre vierte...

Kreisler: ...die aber schon 35 Jahre andauert.

ZEIT: In Ihren Liedern werden die Frauen oft schlecht behandelt. Man gewinnt den Eindruck, Sie könnten Frauen nicht leiden. Wir denken an Bidla buh, wo eine Geliebte nach der anderen zu munteren Klängen abgemurkst wird, an den Schönen Heinrich, wo Frauen sich von einem Popanz demütigen lassen, oder an I hab ka Lust, wo es gegen die Ehefrauen geht.

Kreisler: Die Lieder entstanden in einer Zeit, als es die Frauenbewegung noch nicht gab, dafür aber eine Menge Herrenwitze. Es herrschte damals ein anderer Grundton in der Gesellschaft, man hat sich über Frauen lustig gemacht. Und dem habe ich mich angeschlossen. Es war eine Konzession an den Zeitgeschmack. Man tut viel, wenn man kein Geld hat.

ZEIT: In Ihrem Lied über das opportunistische Kabarett heißt es: "Anfangs macht man Konzessionen, um zu essen und zu wohnen / später macht man Konzessionen für Personen, die

sich lohnen / bis man eines Tages einzusehn beginnt / dass die meisten Konzessionen keine mehr sind / Denn man teilt die Meinung derer / die es leichter haben statt schwerer / und das Publikum will lachen / und man kauft sich schöne Sachen". Das klingt wie Kritik an sich selber, denn die Frauen hatten es damals schwer.

Kreisler: Ja, mein Umgang mit den Frauen war ein Fehler. Ich finde das heute selber nicht mehr gut.

ZEIT: In Ihrem jiddischen Lied Für was bist du gekommen fragen Sie ein Neugeborenes, was es auf dieser hässlichen Welt bewirken will. Dasselbe wollen wir jetzt am Ende Ihres Lebens von Ihnen wissen: Für was sind Sie gekommen?

Kreisler: Das ist eines der Geheimnisse des Lebens. Diese Frage kann ich Ihnen nicht beantworten. Sie geht über meinen Horizont.

Quelle: https://www.zeit.de/2011/31/DOS-Kreisler-Interview?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.bing.com%2F

Antisemitismus in Österreich seit 1945

26.11.2020 | Von: Bernadette Edtmaier

Antisemitismus in Österreich hat eine jahrhundertelange Geschichte und ist auch nach der Shoah in der österreichischen Bevölkerung verbreitet. Bis heute finden sich negative Einstellungen und Abneigungen gegenüber Juden und Jüdinnen. So kam es erst jüngst – mit der weltweiten Ausbreitung des Virus SARS CoV-2 – zu einem Wiederaufflammen antisemitischer Verschwörungstheorien. Am 22. August 2020 zeigte sich, dass es in Österreich fallweise auch zu gewalttätigen Handlungen gegen Juden und Jüdinnen kommen kann: Elie Rosen, Präsident der jüdischen Gemeinde in Graz, wurde von einem syrischen Staatsbürger attackiert. Der Vorfall endete glimpflich und löste eine breite, teilweise pauschal geführte Debatte über Antisemitismus unter Geflüchteten aus. Am 2. November 2020 verübte ein 20-jähriger Anhänger des IS einen Terroranschlag in Wien, bei dem laut gegenwärtigem Stand (05.11.2020) vier Menschen getötet und 23 teils schwer verletzt wurden. Die ersten Schüsse fielen in einem belebten Lokalviertel, in dem sich auch die Hauptsynagoge der jüdischen Gemeinde befindet, weshalb nach derzeitigem Ermittlungsstand ein antisemitisches Teilmotiv nicht ausgeschlossen werden kann.

1934 lebten knapp 191.500 Juden und Jüdinnen in Österreich. Nach der Shoah hat sich diese Zahl drastisch verkleinert: aktuellen Schätzungen zufolge gibt es gegenwärtig nur noch 10.000 bis 15.000 Juden und Jüdinnen in Österreich, was etwa 0,11 bis 0,17 Prozent der österreichischen Gesamtbevölkerung entspricht. Der überwiegende Teil von ihnen ist – wie bereits vor der NS-Zeit – in Wien wohnhaft. Davon hat ein Großteil familiäre Wurzeln in der ehemaligen Sowjetunion. Obschon sie nur noch eine sehr kleine Minderheit in Österreich ausmachen, sind antisemitische Einstellungen in der österreichischen Bevölkerung durchaus verbreitet. Um dieses Phänomen besser einordnen zu können, lohnt sich ein Blick in die Geschichte der letzten Jahrzehnte.

1945: Systembruch, Tabuisierung und Täter-Opfer-Umkehr

Der Systembruch 1945 brachte anfangs vor allem für die Bundesrepublik Deutschland (BRD) weitreichende Änderungen mit sich, da sie sich für die NS-Verbrechen zu verantworten hatte. Offen artikulierter Antisemitismus im öffentlichen Raum wurde angesichts der Shoah nicht mehr toleriert und wird seither – auch unter (befürchtetem) internationalem Druck – sanktioniert. In Österreich hingegen wurde offener Antisemitismus unmittelbar nach 1945 weniger stark tabuisiert und wirkte anfangs – insbesondere in rechten Kreisen – eher ungehindert fort, was sich auch in antisemitischen Anfeindungen gegenüber jüdischen Displaced Persons und Remigrantinnen und Remigranten manifestierte. Dieser Unterschied zur BRD hing eng mit der österreichischen "Opferthese" zusammen: Sich auf einen Passus der Moskauer Deklaration von 1943 beziehend, stilisierte sich Österreich zum "ersten Opfer Hitlers" und blendete seine Mitverantwortung an NS-Verbrechen aus. Die "Opferthese" wurde bei den Staatsvertragsverhandlungen bis 1955 und Restitutionsdebatten genutzt und diente auch der moralischen Entlastung der österreichischen Bevölkerung. Über Jahrzehnte hinweg wurde so eine ernsthafte Auseinandersetzung mit Österreichs NS-Vergangenheit und Antisemitismus unterbunden.

In den 1950er und 1960er Jahren kam es in Deutschland und Österreich zu einer Reihe antisemitischer Tathandlungen und Drohungen. Diese wurden besonders auch im Kontext des Eichmann-Prozesses 1961 manifest. Während die deutsche Bundesregierung die antisemitischen Vorfälle klar verurteilte, blieb eine vergleichbare Reaktion in Österreich aus. Kritische Gegenstimmen und öffentliche Debatten über Antisemitismus wurden erst später, im Zuge der

Borodajkewycz-Affäre 1965, laut, als das erste politische Todesopfer nach 1945 zu beklagen war: Wiener Studierende forderten die Entlassung des an der Wiener Hochschule für Welthandel lehrenden Historikers Taras Borodajkewycz, da sich dieser während seiner Vorlesungen offen antisemitisch äußerte und mit der NS-Ideologie sympathisierte. Es kam zu Zusammenstößen zwischen Anhängerinnen und Anhängern sowie Gegnerinnen und Gegnern Borodajkewyczs, bei welchen ein vorbestrafter Rechtsradikaler den 67-jährigen Widerstandskämpfer und KZ-Überlebenden Ernst Kirchweger tödlich verletzte.

Die Borodajkewycz-Affäre spielte folglich eine zentrale Rolle in der allmählichen Tabuisierung eines offen artikulierten Antisemitismus in der österreichischen Öffentlichkeit. Wie auch in der BRD führte eine Tabuisierung aber nicht zwangsläufig zum Abbau antisemitischer Einstellungen, sondern brachte neue Kommunikationsstrategien antisemitischer Überzeugungen, wie subtile Formen oder Verklammerungen, mit sich. So vermied man es etwa, von einer angeblichen "jüdischen Übermacht" zu sprechen, sondern beließ es bei vermeintlich unverfänglichen Anspielungen und Codewörtern wie "Wallstreet" oder "Ostküste". Von der Kontinuität eines alltäglichen Antisemitismus in Österreich zeugt nicht zuletzt die umstrittene Artikelserie "Juden in Österreich", die 1974 in der Neuen Kronen Zeitung, der auflagenstärksten Tageszeitung Österreichs, erschien. Trotz "bewußt erklärte[r] Absichten und Selbstzensurzwänge" konnte darin ein "Fortbestand antisemitischer Ideologie in der Wortwahl" nachgewiesen werden. Neben Formen der Umwegkommunikation zählen auch Holocaustleugnung und -relativierung, Erinnerungsabwehr und Täter-Opfer-Umkehrungen zu Ausprägungen des "sekundären Antisemitismus" in Österreich.

1970er Jahre: Israel und Debatten um israelbezogenen Antisemitismus

Selbst Israel erkannte die "Opferthese" an und nahm bereits in den 1950er Jahren konsularische Beziehungen zu Österreich auf (zur BRD hingegen erst 1965). Doch erst mit dem Sechs-Tage-Krieg 1967 rückte Israel stärker in den Fokus der österreichischen Öffentlichkeit. Während sich die politische Linke Österreichs zunächst weitgehend proisraelisch äußerte, nahmen in den 1970er Jahren in Teilen der Neuen Linken – die sich aus der 1968er-Studentenbewegung herausbildete – israelkritische Haltungen zu, die wiederum mit antikolonialen, antiimperialistischen und antizionistischen Positionen verbunden wurden. Der besonders heftige Verbalradikalismus, der auch mit Schuldumkehr einherging, führte schließlich zur Marginalisierung und Isolation der Neuen Linken.

Dem Sozialdemokraten Bruno Kreisky (Sozialdemokratische Partei Österreichs, SPÖ) – von 1970 bis 1983 Bundeskanzler der Republik Österreich – kam sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene eine zentrale Rolle in (linken) Antisemitismusdebatten zu. Als 1938 die Nationalsozialisten in Österreich die Macht übernahmen, konnte Kreisky noch rechtzeitig ins schwedische Exil flüchten und kehrte 1951 wieder nach Österreich zurück. Wegen seiner jüdischen Herkunft, die er öffentlich aber nie zum Thema machte, war er immer wieder Antisemitismus und Ausgrenzung ausgesetzt. Gleichzeitig zeigte er sich aus wahlstrategischen Gründen "nachsichtig" gegenüber "Ehemaligen", was sich in der Kreisky-Peter-Wiesenthal-Affäre 1975 zuspitzte: Kreisky verteidigte Friedrich Peter, Obmann der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), nachdem dessen Zugehörigkeit zu einer SS-Einheit, die an Judenmorden beteiligt war, aufgedeckt wurde. Stattdessen beschuldigte er den Aufdecker Simon Wiesenthal, mit seinen Recherchen Antisemitismus in der österreichischen Gesellschaft zu befeuern. Kreisky war außerdem der erste westliche Bundeskanzler, der 1979 Jassir Arafat offiziell einlud und eine internationale Anerkennung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) unterstützte. Er stellte Israel als Staat aber nie in Frage oder spielte mit NS-Vergleichen.

Mit dem Libanonkrieg 1982 verschlechterte sich das Israelbild in Österreich merklich, was sich in der medialen Berichterstattung klar abzeichnete. Mit Kommentaren wie "Sie hatten in den palästinensischen Flüchtlingslagern gewütet wie einst die Einsatzkommandos der SS in Osteuropa" bediente man sich nun selbst in bislang proisraelisch berichtenden Zeitungen NS-Vergleichen und israelbezogen-antisemitischen Vorwürfen, die wiederum Debatten um das Verhältnis von Antisemitismus und Antizionismus auslösten. In der politischen Linken wurden diese besonders intensiv geführt. Ähnlich wie in Deutschland zeichnete sich in den 1990er Jahren eine Spaltung der Neuen Linken in ein proisraelisches "antideutsches" und ein propalästinensisches "antiimperialistisches" Lager ab, die sich zur Jahrtausendwende, im Kontext der Zweiten Intifada, weiter fortsetzte.

Zu erwähnen ist außerdem, dass sich auch im rechtsextremen Milieu Österreichs proarabische und israelkritische Stimmen fanden, allerdings mit ideologisch gänzlich anderer Motivation. So zeigten bereits in den 1980er und 1990er Jahren einige österreichische Rechtsextreme große Sympathien für islamische und arabische (Terror-)Organisationen, warfen Israel vor, bewusst palästinensische Kinder zu schächten oder verglichen die israelische Politik mit dem NS-Regime.

Das Jahr 1986: Waldheim, Haider und eine erstarkende Gegenöffentlichkeit

Kurz nachdem der ehemalige UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim seine Kandidatur um das Amt des Bundespräsidenten verkündete, wurden Dokumente über seine Kriegsvergangenheit als Offizier der Wehrmacht und SA-Mitglied veröffentlicht. In Reaktion auf die veröffentlichten Dokumente nannte etwa der World Jewish Congress (WJC) Waldheim einen "mutmaßlichen Kriegsverbrecher", woraufhin Waldheim beteuerte, in keine Kriegsverbrechen verwickelt gewesen zu sein. Als er in der ORF-Pressestunde mit Fragen zu seiner Biographie konfrontiert wurde, betonte er, als Wehrmachtssoldat lediglich seine "Pflicht erfüllt" zu haben. Mit diesem zynischen Kommentar löste er breite Debatten um die NS-Vergangenheit und Mitverantwortung Österreichs aus; die "Opferthese" begann zu bröckeln. Es formierte sich eine Gegenöffentlichkeit, die seither eine kritische Art der Auseinandersetzung mit Österreichs NS-Vergangenheit einfordert. Mit dem "Bedenkjahr 1988" setzte daraufhin erstmals eine intensive Erforschung der NS-Zeit und Nachkriegszeit in Österreich ein, die anfangs inhaltlich auf Aspekte wie "verdrängte Schuld", "Arisierung", Vertreibung und Verbrechen fokussierte. 1991 schließlich – und damit 46 Jahre nach Kriegsende – kam es zum ersten offiziellen Eingeständnis einer Mitschuld von Österreicherinnen und Österreichern an NS-Verbrechen durch den damaligen Bundeskanzler Franz Vranitzky. Seither sind die Verurteilung von Antisemitismus und das Bekenntnis zu Österreichs Mitverantwortung feste Bestandteile offizieller Gedenkveranstaltungen.

Im Kontext der Waldheim-Affäre wurden aber auch zahlreiche antisemitische Manifestationen in Österreich laut, die auch in Reaktion auf die als "Einmischung" erlebte Kritik des WJC und amerikanischer Medien sowie Waldheims Aufnahme in die watchlist erfolgten. Antisemitismus wurde vor allem in Aussagen wie "jüdische Presse und Macht", "jüdische Weltverschwörung" oder – in codierter Form – "amerikanische Ostküste" zum Ausdruck gebracht und fand mit dem Slogan "Wir Österreicher wählen wen wir wollen. Jetzt erst recht Waldheim" auch Einzug in den ÖVP-Wahlkampf. Besonders offen kam er in einem Kommentar des ÖVP-Generalsekretärs Michael Graff zum Ausdruck, als dieser meinte: "Solange nicht bewiesen ist, daß er [Waldheim] eigenhändig sechs Juden erwürgt hat, gibt es kein Problem." Auch in der österreichischen Bevölkerung konnten im Kontext der Waldheim-Affäre hohe Zustimmungswerte zu antisemitischen Äußerungen verzeichnet werden. So bejahten in einer Umfrage aus dem Jahr 1986 knapp zwei Drittel der befragten Österreicherinnen und Österreicher die Aussage "Die Juden beherrschen die internationale Geschäftswelt".

Im selben Jahr erfolgte außerdem der politische Aufstieg Jörg Haiders innerhalb der FPÖ, der die Partei zum Prototyp des Rechtspopulismus in Europa formierte. Mit Haider, der dem deutschnationalen Flügel zuzurechnen war, traten zahlreiche Rechtsextreme und schlagende deutschnationale Burschenschafter in die FPÖ ein, was auch mit einer Zunahme an antisemitischen, rassistischen und xenophoben Einstellungen und Handlungen einherging.

Antisemitismus nach der Jahrtausendwende und Beginn einer spezifischen Muslimfeindlichkeit

Nachdem in den 1990er Jahren noch von einer "neuen Blüte" des europäischen Judentums die Rede war, registrierten im Zuge der Zweiten Intifada 2000-2005 europäische Länder wie Frankreich, die Niederlande oder Belgien einen unerwarteten Anstieg antisemitischer Taten. Dabei beschrieben National Focal Points der EUMC erstmals "junge, meist männliche Erwachsene muslimischer bzw. arabischer, nordafrikanischer oder türkischer Herkunft" als neue Tätergruppe. Darauf folgten internationale und teils sehr emotional geführte Debatten um Antisemitismus unter Musliminnen und Muslimen. Auch in Österreich war zeitgleich eine verstärkte Sichtbarkeit an Antisemitismus feststellbar. Diese hing auch mit der Regierungsbeteiligung der rechtspopulistischen FPÖ bzw. des BZÖ zusammen und trat im rechten Milieu – nicht aber unter Muslimen und Musliminnen – in Erscheinung: Mit dem Erfolg der FPÖ bei den Nationalratswahlen 1999 und der Bildung einer schwarz-blauen Koalition war ein Klima der "neuen Toleranz" entstanden, in dem antisemitische Einstellungen wieder offener kommuniziert wurden. Jörg Haider tolerierte nicht nur antisemitische Aussagen von FPÖ-Funktionären, sondern polemisierte selbst gegen Entschädigungszahlungen und löste immer wieder Debatten um Antisemitismus aus. Dieser Trend zeichnete sich auch in hohen Zustimmungsraten innerhalb der österreichischen Bevölkerung zu sekundär-antisemitischen Aussagen in Umfragen ab. Anders als in Deutschland, wo Politikerinnen und Politiker nach antisemitischen und NS-relativierenden Aussagen in der Regel zurücktreten mussten, ging man in Österreich weitaus nachsichtiger mit einschlägigen Fällen um.

Nach Bildung der schwarz-blauen Koalition verhängte die Europäische Union Sanktionen gegen die FPÖ-ÖVP-Regierung und auch Israel übte Kritik und berief im Jahr 2000 aus Protest den israelischen Botschafter aus Wien ab. Haider und weitere FPÖ-Funktionäre stellten sich daraufhin als Opfer dar, beschuldigten Ariel Muzicant, seinerzeit Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Wien (IKG), "an der Schraube des Hasses" zu drehen und unterstellten einer "weltweiten jüdischen Verschwörung", Österreich political correctness vorzuschreiben. Gleichzeitig zeichnete sich die FPÖ immer wieder durch eine betont proarabische Haltung aus, was unter anderem in Form freundschaftlicher Kontakte Jörg Haiders zu Saddam Hussein, Muammar al-Gaddafi und dessen Sohn Saif al-Islam al-Gaddafi augenscheinlich wurde.

Ab dem Jahr 2004 begann die FPÖ auch, "den Islam" bzw. Musliminnen und Muslime gezielt als Feindbild zu etablieren, was aus angstschürenden Wahlkampf-Slogans wie "Islamisierung-Tsunami" oder "Daham [= Daheim; Anm. d. Verf.] statt Islam" unmissverständlich hervorging. Damit wurde in Österreich eine allgemeine Xenophobie zunehmend von einer spezifischeren Muslimfeindlichkeit abgelöst, die auch mit einer ausgeprägten Türkeifeindlichkeit einherging. Parallel dazu blieb Antisemitismus allerdings weiterhin bestehen. Besonders im Kontext der Finanzkrise 2008 konnte eine Häufung meist subtil-antisemitischer Kommentare festgestellt werden. Außerdem sind Vermischungen von Muslimfeindlichkeit sowie Feindschaft gegen Juden und Jüdinnen zu beobachten, etwa wenn Rechtsextreme vor einer "Islamisierung" warnen, für die sie aber "das Weltjudentum" verantwortlich machen.

Bis ins Jahr 2010 fanden vorwiegend kleine propalästinensische Demonstrationen in Österreich statt. Mit dem Ship-to-Gaza-Zwischenfall im Mai 2010 jedoch, bei dem die israelische Marine

neun türkische Aktivisten tötete, wurde der Israel-Palästina-Konflikt auch zu einer türkischen Angelegenheit. In Österreich riefen daher erstmals die größten österreichisch-türkischen Organisationen zur Teilnahme an Demonstrationen auf. Mit bis zu 15.000 Teilnehmenden fand damit im Jahr 2010 in Österreich die erste propalästinensische Großkundgebung statt. Einige Demonstrierende skandierten israelkritische Slogans wie etwa "Israel Terrorist", "Neue Nazi Israel" oder "Kindermörder Israel" skandiert. Diese wurden vielfach als antisemitisch kritisiert.

Im Sommer 2014, in Reaktion auf die israelische Militäroperation Operation Protective Edge, kam es mit bis zu 30.000 Demonstrierenden zur bislang (Stand: November 2020) größten propalästinensischen Kundgebung in Österreich, im Zuge derer ganz ähnliche Debatten um israelbezogenen Antisemitismus geführt wurden. Zur selben Zeit machte das in Bischofshofen ausgetragene Freundschaftsspiel zwischen dem israelischen Fußballverein Maccabi Haifa und dem französischen OSC Lille internationale Schlagzeilen: Migrantische Jugendliche stürmten mit türkischen und palästinensischen Fahnen das Fußballfeld und attackierten israelische Spieler. Damit wurden nun auch in Österreich erstmals breitere mediale Debatten um "muslimischen Antisemitismus" geführt, die allerdings rasch wieder abflauten. Im Frühjahr desselben Jahres wurde der Österreichableger der propalästinensischen Bewegung Boycott, Divestment and Sanctions (BDS) gegründet, der häufig als antisemitisch kritisiert wird.

Die bis zum Ship-to-Gaza-Zwischenfall propalästinensisch agierende FPÖ verstand es, die Antisemitismuskritik gegen Musliminnen und Muslime sowie linke Gruppierungen für Wahlkämpfe zu nutzen und von Antisemitismus in eigenen Reihen abzulenken. Im Januar 2009 kritisierte der damalige FPÖ-Abgeordnete Harald Vilimsky noch den "Vernichtungsfeldzug der Israelis gegen die Palästinenser [sic]". Seit Mitte 2010 positioniert sich die FPÖ jedoch betont proisraelisch: In Presseaussendungen wurden nun "herzliche Gespräche" auf einer "höchst erfolgreiche[n] Israel-Reise von HC Strache" gelobt und führende FPÖ-Funktionäre missbilligen seither den "für die israelische Bevölkerung unerträgliche[n] Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen".

Die FPÖ folgte mit ihrem demonstrativ proisraelischen Kurs dem Trend weiterer rechtspopulistischer Parteien in Europa. Vermutlich wollte sie mit einer proisraelischen Haltung auch Salonfähigkeit für die von ihr angestrebte Regierungsbeteiligung demonstrieren. Diese gelang ihr schließlich 2017 in Form der türkis-blauen Koalition. Ungeachtet dieser proisraelischen Ausrichtung kam es allerdings weiterhin zu antisemitischen Vorfällen innerhalb der FPÖ. Die Kritik Israels an der erneuten Regierungsbeteiligung der FPÖ fiel weitaus geringer aus als noch zur Jahrtausendwende. Gleichzeitig erfolgten demonstrativ proisraelische und anti-antisemitische Handlungen seitens der ÖVP-FPÖ-Koalition, etwa die Anerkennung Israels als jüdischen Staat oder die Förderung von Projekten zum Holocaustgedenken in Israel und Österreich.

Aktuelle Erscheinungsformen

Die Verfassungsschutzberichte und auch das Forum gegen Antisemitismus verzeichnen seit 2008 jährlich steigende Zahlen an registrierten antisemitischen Vorfällen und aktuellen (teil)repräsentativen Umfragen zufolge sind latenter Formen des traditionellen, sekundären und israelbezogenen Antisemitismus in der österreichischen Bevölkerung weiterhin verbreitet. Im Vergleich dazu kommt rassistischem und christlichem Antisemitismus heute eine geringere Bedeutung zu.

Insbesondere im Kontext der "Flüchtlingskrise" 2015 wurden neben xenophoben auch antisemitische Stimmen wieder lauter und kulminierten in Anschuldigungen gegen den US-Milliardär George Soros: nicht nur im rechtsextremen, sondern – etwa subtiler – auch im

rechtspopulistischen Diskurs der FPÖ wurde mehrfach der Vorwurf erhoben, der Holocaustüberlebende und erfolgreiche amerikanische Investor jüdisch-ungarischer Herkunft hätte die "Flüchtlingskrise" bewusst angezettelt, um das "Abendland" zu schwächen und widerstandslos gegen die Globalisierung zu machen.

Eine besonders zynische und aktuelle Ausprägung des sekundären Antisemitismus ist die Verhöhnung von Holocaustopfern: 2017 machte sich eine kleine Gruppe Jura-Studierender, die der ÖVP-nahen, konservativen Studentenorganisation Aktionsgemeinschaft (AG) angehörten, über die Ermordung Anne Franks lustig, indem sie das Foto eines Aschehaufens mit den Worten "Leaked Anne Frank nudes" versahen und via WhatsApp teilten. 2018 und 2019 kamen rassistische und antisemitische Strophen an die Öffentlichkeit, die sich in Liederbüchern schlagender Burschenschaften fanden. In einem hieß es: "Da trat in die Mitte der Jude Ben Gurion: ,Gebt Gas, ihr alten Germanen, wir schaffen die siebte Million". Im August 2020 wurde publik, dass ausgerechnet in jener Polizeiinspektion, die für den Schutz der mehrmals attackierten Grazer Synagoge verantwortlich ist, zynisch-antisemitische Nachrichten mit NS-Bezug via Social Media geteilt wurden.

Neben diesen aktuellen Fällen trug sich in den letzten Jahren eine Reihe von Angriffen auf die Erinnerungskultur im öffentlichen Raum zu. So kam es beispielsweise wiederholt zu Attacken und Vandalismus an den KZ-Gedenkstätten Mauthausen und Ebensee (2009, 2018, 2019), 2013 bis 2015 beschmierten Rechtsradikale unzählige "Stolpersteine" (Gedenktafeln, die für die Opfer des Nationalsozialismus verlegt werden) in Salzburg, 2014 wurde das NS-Euthanasie-Mahnmal in Salzburg zerstört und 2019 zerfetzten Unbekannte die Portraits Überlebender, die in der Schau "Gegen das Vergessen" am Wiener Burgring ausgestellt waren.[64] Klar und manifest antisemitische (Tat-)Handlungen wie diese werden von der lokalen wie überregionalen Mehrheitsgesellschaft aber deutlich abgelehnt und klar verurteilt. Dies zeigt sich auch unmissverständlich am jüngsten antisemitischen Vorfall: Auf die eingangs erwähnte Attacke auf Elie Rosen reagierten Bundespräsident, Bundeskanzler, sämtliche politischen Parteien und Religionsgemeinschaften sowie zahlreiche Einzelpersonen mit Solidaritätsbekundungen und -veranstaltungen. Seitens der österreichischen Regierung wird der Schutz von Juden und Jüdinnen und jüdischer Einrichtungen aktuell sehr großgeschrieben. Außerdem kündigte sie an, Antisemitismus in Österreich stärker bekämpfen zu wollen. Dabei richtete sie den Fokus insbesondere auf Antisemitismus unter Musliminnen und Muslimen sowie Geflüchteten, während jener in rechten Kreisen und in der politischen "Mitte" der Gesellschaft bislang weitaus weniger stark problematisiert wurde.

Judenfeindschaft weist folglich selbst nach 1945 eine spezifische "Tradition" in Österreich auf und ist bis heute in der österreichischen Bevölkerung verbreitet. Unter gewissen Umständen können antisemitische Einstellungen wieder mobilisiert werden, wovon nach der "Finanzkrise" 2008 und der "Flüchtlingskrise" 2015 aktuell die "Corona-Krise" zeugt. Gleichzeitig entwickelte sich in Österreich aber auch eine starke, kritische Zivilgesellschaft, die aktiv gegen antisemitische Tendenzen vorgeht und sich für anti-antisemitische Bildungsarbeit einsetzt.

Quelle: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/321642/oesterreich>

Enthält auch Tondokumente: <https://www.mediathek.at/akustische-chronik/1945-1955/1945-kriegsende-und-beginn-der-2-republik/>

Schweiz schließt Grenzen für Verfolgte des Nationalsozialismus

Nach der Machtergreifung der Nazis in Deutschland flohen bis zum Herbst 1933 rund 2000 Flüchtlinge (vorwiegend Juden und Oppositionelle) aus Deutschland in die Schweiz. Ende 1938, nach dem Anschluss Österreichs, befanden sich 10 000 Flüchtlinge im Land. Sie wurden nicht mit offenen Armen empfangen: Wegen der angespannten Wirtschaftslage waren viele Einheimische nicht erfreut über die mögliche Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt. Unterbringung und Fürsorge wurden den jeweils nahestehenden Gemeinschaften überantwortet, also zumeist jüdischen Organisationen oder solchen der Arbeiterschaft. 1938 akzeptierte der Bundesrat nach schweizerisch-deutschen Verhandlungen, gegen den Widerstand von Heinrich Rothmund, dem Chef der Fremdenpolizei, dass ein 'J'-Stempel in die Pässe deutscher Juden eingetragen wurde. So konnten die Schweizer Behörden bei der Einreise Juden von anderen Deutschen unterscheiden. Heinrich Rothmund und mit ihm die Landesregierung und weite Teile der Bevölkerung, vertraten die Ansicht, man müsse verhindern, dass die Schweiz mit Leuten überschwemmt werde, die sich der schweizerischen Lebensart nicht anpassen könnten. Gleichzeitig verurteilte er die barbarische Art und Weise, wie die Nazis ihre jüdische Bevölkerung behandelten. Im Juni 1940 überschritt eine große Zahl französischer und polnischer Soldaten die Grenze im Jura, nachdem sie von den Deutschen abgedrängt worden waren. Gemäß Haager Konvention mussten Soldaten aller Kriegsparteien, die in ein neutrales Land flohen, auf Kosten ihres Heimatlands interniert werden. Sie wurden meistens als Arbeitskräfte in der Landwirtschaft oder auf dem Bau eingesetzt. Insgesamt wurden während des Kriegs über 100 000 Soldaten vorübergehend in der Schweiz interniert. Dazu beherbergte die Schweiz insgesamt über 180 000 Zivilpersonen: rund 55 000 erwachsene Flüchtlinge, wovon rund die Hälfte Juden, fast 60 000 Kinder zu befristeten Erholungsaufenthalten und über 66 000 sogenannte Grenzflüchtlinge, die sich bei Kampfhandlungen kurz in der Schweiz aufhielten. Der deutsche Jude Gerhart Riegner, der 1933 in die Schweiz geflohen war, informierte als einer der Ersten 1942 von Genf aus die Weltgemeinschaft darüber, dass die Nazis Pläne zur Vernichtung der Juden verfolgten. Nachdem Nazi-Deutschland mit der Deportation der Juden aus Westeuropa in die Vernichtungslager begonnen hatte, beschlossen die Schweizer Behörden im August 1942, die Grenzen zu schließen: „Flüchtlinge nur aus Rassegründen, z.B. Juden, gelten nicht als politische Flüchtlinge.“ Diese Maßnahme führte zu Vorsprachen, etwa von Kirchenvertretern, und zu einer Parlamentsdebatte, worauf der Bundesrat die harten Kriterien etwas milderte: Kranke, Schwangere, Ältere über 65 Jahren, Alleinreisende unter 16 Jahren, Eltern mit Kindern unter sechs Jahren sowie Personen mit nahen Verwandten in der Schweiz sollten nicht zurückgewiesen werden. Man schätzt, dass in den Kriegsjahren rund 20 000 jüdische Flüchtlinge an der Grenze abgewiesen und rund 10 000 Visumanträge abgelehnt worden sind. Auch wenn die aufgenommenen Flüchtlinge vom Bund untergebracht wurden, blieb die Flüchtlingshilfe zu einem großen Teil kirchlichen und humanitären Gruppierungen überlassen. Viele Schweizerinnen und Schweizer setzten sich tatkräftig für die Flüchtlinge ein, zum Teil gegen die Politik der Behörden, so etwa bereits 1938 der deswegen abgesetzte St. Galler Polizeihauptmann Paul Grüninger, die „Flüchtlingsmutter“ Gertrud Kurz oder der Schweizer Vizekonsul in Budapest, Carl Lutz. Das Verhalten der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs hatte neben hellen Seiten auch verschiedene Schattenseiten: Waffenlieferungen an Nazi-Deutschland, der Ankauf von Raubgold sowie die Flüchtlingspolitik gehörten dazu. Nach dem Krieg bemühten sich außerdem die Banken nicht darum, die nachrichtenlosen Vermögen von Opfern des Holocaust deren möglichen Erben zuzuführen; oft erschwerten sie diesen mit bürokratischen Anforderungen sogar noch die Suche danach. Diese Probleme waren nicht unbekannt, wurden aber in der Schweiz kaum mehr diskutiert, als sie ab 1996 großes internationales Interesse fanden. Die Schweiz sah sich etwa mit dem Vorwurf konfrontiert, sie habe den Krieg verlängert, da sie Deutschland mit Kriegsmaterial beliefert hatte.

Zur Abklärung solcher Vorwürfe setzte der Bundesrat eine Kommission unter der Leitung des Historikers Jean-François Bergier ein. In ihrem 2002 veröffentlichten Bericht kam die Bergier-Kommission unter anderem zum Schluss, die Schweiz habe im Zweiten Weltkrieg zahlreiche jüdische und andere Flüchtlinge aufgenommen, aber vielen nicht nur die Einreise in die Schweiz verweigert, sondern einige sogar direkt an Nazi-Deutschland ausgeliefert.

Quelle: https://www.dfae.admin.ch/dam/PRS-Web/de/dokumente/schweiz-weltkriege_DE.pdf

Jüdische Auswanderung

Seit der „Machtergreifung“ Hitlers am 30. Januar 1933 unterlagen die deutschen Juden einer ständigen Bedrohung. Der Antisemitismus stellte eine tragende Säule der NS-Ideologie dar. Dennoch wusste niemand, ob den ausgestoßenen Drohungen Taten folgen würden oder nicht – und erst recht konnte sich niemand vorstellen, was tatsächlich folgen sollte: der Holocaust.

Staatlicher Terror

Die ersten antijüdischen Maßnahmen der NS-Regierung nach der Machtergreifung setzen bereits im Frühjahr 1933 ein. Während des sogenannten „Judenboykotts“ am 1. April 1933 wurde die Bevölkerung aufgefordert, jüdische Geschäfte, Warenhäuser, Anwaltskanzleien, Banken und Arztpraxen zu boykottieren. SA und SS hinderten Kunden vielerorts unter Androhung von Gewalt am Betreten von Geschäften. Diese Aktion sollte bereits deutlich machen, dass die jüdische Bevölkerung in ihrer Gesamtheit von der NS-Führung nicht als Teil des deutschen Volks betrachtet wurde. Doch die meisten der rund 525.000 Juden in Deutschland waren zu diesem Zeitpunkt noch der Auffassung, die antisemitischen Ausschreitungen und Übergriffe würden sich wieder legen.

Nach dem Boykott folgte der nächste Schritt zur Ausgrenzung der Juden aus der „Volksgemeinschaft“. Mit dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 konnten „nichtarische“ Beamte in den Ruhestand versetzt werden. Laut diesem sogenannten „Arierparagraphen“ war „nichtarisch“, wer mindestens einen jüdischen Eltern- oder Großelternanteil hatte. Der „Arierparagraph“ wurde von nahezu sämtlichen Organisationen und berufsständischen Vereinigungen übernommen, so dass viele Juden ihre Erwerbsmöglichkeiten verloren. Während der Bücherverbrennungen vom 10. Mai 1933 brannten in vielen deutschen Universitätsstädten „undeutsche Schriften“, darunter auch von vielen jüdischen Autoren. Das „Gesetz zur Reichskulturkammer“ vom 22. September führte schließlich zu einem faktischen Berufsverbot von Juden an nichtjüdischen Kultureinrichtungen.

Die erste Welle der Emigration

Die Summe dieser Maßnahmen führte schließlich zu einer ersten Welle der Emigration von Juden aus Nazi-Deutschland. Sie begann unmittelbar nach der Machtergreifung und ging bis ins Jahr 1935 hinein. Sie zeichnet sich aus durch eine größtenteils überstürzte Auswanderung, die von der Illusion lebte, dass das nahe Ende des Nationalsozialismus eine baldige Rückkehr ermöglichen würde. Die Ziele der Emigranten waren vor allem die europäischen Nachbarländer. Nur selten emigrierte jemand zu dieser Zeit schon nach Übersee. Die Emigranten hatten nur selten konkrete Pläne für ihre Niederlassung im Ausland, ihnen ging es vielmehr darum, den nationalsozialistischen Repressionen zu entkommen. 1934 ebnete diese erste große Auswanderungswelle wegen des scheinbaren Nachlassens des anti-jüdischen Terrors und der Hoffnung auf ruhigere Zeiten nach dem „Röhm-Putsch“ im Sommer 1934 ab. Viele in Deutschland verbliebene gaben sich der trügerischen Hoffnung hin, Juden könnten in Deutschland unter einigermaßen normalen Umständen weiterleben.

Die zweite Auswanderungswelle

Mit dem Erlass der „Nürnberger Gesetze“ am 15. September 1935 erwies sich diese Hoffnung als falsch. Von nun an waren die deutschen Juden Bürger minderen Rechts. Sie wurden im Gegensatz zu den mit vollen Rechten versehenen „Reichsbürgern“, die „deutschen oder artverwandten Blutes“ sein mussten zu „Staatsangehörigen“ des Deutschen Reichs ohne

politische Rechte abgestuft. Als „Volljude“ wurde definiert, wer von mindestens drei jüdischen Großeltern abstammte. Wer einen oder zwei jüdischen Großeltern hatte, die entweder selbst dem Jüdischen Glauben angehörten oder mit einem „Volljuden“ verheiratet gewesen waren, wurde bereits als „Mischling“ angesehen und war damit auch ein Bürger minderen Rechts. Das „Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ verbot Eheschließungen zwischen Nichtjuden und Juden und stellte auch deren als „Rassenschande“ bewerteten Geschlechtsverkehr unter Strafe. Diese Gesetze führten zur zweiten großen Auswanderungswelle, nachdem die Zahlen der jüdischen Auswanderer schon wieder gesunken waren. Gleichzeitig setzte eine verstärkte Binnenwanderung innerhalb Deutschlands ein. Man zog von den deutschen Kleingemeinden in die Großstädte, um sich durch die Anonymität vor der anti-jüdischen Hetze zu schützen. Zudem ermöglichte ein Wohnsitz in einer Großstadt später bessere Kontakte zu ausländischen Konsulaten und zu jüdischen Hilfsorganisationen. Es stellte sich heraus, dass die Binnenwanderung keinen Schutz bot, anders als es die Auswanderung tat. Nach der eher panischen ersten Auswanderungswelle lief nun eine einigermaßen geregelte Emigration ab. Deutsche und jüdische Auswanderungshilfsorganisationen boten Unterstützung bei der Auswanderung.

Auswanderungsorganisationen

Es gab zwei Arten, wie die Auswanderung aus Deutschland vor sich gehen konnte: organisiert oder unorganisiert. Dabei bot die Flucht über eine Organisation bessere Chancen. Zwei Gruppen mit organisatorischem Netzwerk - Kommunisten und Zionisten - versuchten, ihren Anhängern zur Flucht zu verhelfen. Diese kümmerten sich für ihre Mitglieder beispielsweise um das Verschaffen von (falschen) Papieren oder später auch um das Untertauchen im Untergrund bis zum Zeitpunkt einer möglichen Flucht. Die Zionisten kümmerten sich vor allem um jüdische Jugendliche und Kinder. So gelang es einer zionistischen Jugendorganisation beispielsweise, 10.000 Kinder als „Kindertransport“ von England nach Palästina zu verschiffen. Sonst gestalteten sich die Möglichkeiten der Zionisten als gering, da die Einwanderung nach Palästina von den Briten praktisch komplett unterbunden wurde. Deswegen fanden oft Verschickungen in Drittländer, zum Beispiel nach England, Holland oder Dänemark statt.

Die typische jüdische Auswanderung fand innerhalb der Familie statt. Diese wurde versucht, zusammen zu halten. War dies nicht möglich, wurden oftmals die Kinder alleine ins Ausland geschickt, oft auch zu entfernten Verwandten. Viele Familien konnten sich daher erst nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wieder vereinen.

Konsequenzen der Auswanderung

Bei Auswanderung in ein fremdes Land drohten den deutschen Juden ökonomische und administrative Schwierigkeiten sowie politische Hindernisse, die von potentiellen Aufnahmeländern in den Weg gelegt wurden. Ein Statusverlust war zu erwarten, da im Großteil der Fälle eine für die Emigrationsländer passende berufliche Qualifikation fehlte. Dies und das Selbstverständnis der hoch assimilierten deutschen Juden führten dazu, dass viele mit der Auswanderung lange abwarteten, bis sie sich zu diesem Schritt entschlossen.

Weltweite Wirtschaftskrise

Die innere Verbundenheit mit ihrer Heimat hatte viele deutsche Juden davon abgehalten, rechtzeitig die vorgeschriebenen Auswanderungsformalitäten vorzunehmen. Zudem war die Mehrheit der deutschen Juden 1933 strukturell nicht auf eine Massenauswanderung vorbereitet. Die Probleme lagen in der Verwurzelung im Deutschtum, der ungünstigen beruflichen Struktur

und der deutlichen Überalterung der Gemeinden. Viele Staaten gewährten nur bestimmten Berufsgruppen Aufnahme. In den 30er Jahren herrschte weltweit immer noch eine Wirtschaftskrise. Daher waren die Zeiten, in denen man die politischen oder religiösen Flüchtlinge unterstützt und mit offenen Armen aufgenommen hatte, längst vorüber. Im 19. und beginnenden Jahrhundert hatten zahlreiche überseeische Staaten noch die Einwanderung in dem Bestreben zu forcieren versucht ihre gewaltigen Gebiete zu erschließen und zu bevölkern. Diese Politik gehörte jedoch der Vergangenheit an. Kein Staat wollte in solch wirtschaftlich schwierigen Zeiten sein eigenes Proletariat durch mittellose Immigranten vergrößern. Es ist eine besondere Tragik für die Juden, dass die nationalsozialistische Machtübernahme in eine Zeit fiel, in der die Auswanderungsmöglichkeiten wegen der weltweiten Krise so gering waren wie niemals zuvor.

Die Konferenz von Evian

Die Konferenz von Evian widmete sich im Juli 1938 dem Problem der jüdischen Auswanderung aus Deutschland. Eingeladen hatte Präsident Roosevelt. Die Konferenz schloss mit vagen Zusicherungen, dass bestehende Einwandererquoten in Zukunft ausgeschöpft werden sollten. Aber letztendlich geschah nichts, was die Emigrationsmöglichkeiten der Juden aus Hitlers Machtbereich reell verbessert hätte.

Aufnahme in die USA

Die meisten Länder nahmen daher nur eine kleine Zahl von Flüchtlingen auf. Diese wurden auch nach der Konferenz von Evian nicht erhöht. Die einzige Ausnahme stellten die USA dar. Sie öffneten sich einer größeren Anzahl von jüdischen Emigranten. Für eine Einwanderung war dennoch noch eine Bürgerschaft („Affidavit of support“) erforderlich, der die Unterstützung eines in den USA lebenden Verwandten für den Emigrant garantierten. Dennoch waren die Quoten so angelegt, dass auch für diejenigen, die eine solche Bürgerschaft vorweisen konnten, immer noch lange Wartezeiten bestanden.

Widersprüchlichkeit der NS-Politik

Die Auswanderung der Juden wurde von den deutschen Behörden gleichzeitig forciert und gebremst. Bis zu den Nürnberger Gesetzen hatte es keine klare Konzeption zur „Judenfrage“ gegeben. Dann war das Ziel, die Juden zur Auswanderung zu treiben. Zum einen wurde die jüdische Bevölkerung aus Wirtschaft und Gesellschaft immer mehr ausgeschlossen. Diese Repressionen förderten den Emigrationswillen. Zudem übte die Gestapo massiven Druck aus. Daneben hemmten aber die Ausplünderungen, Vermögenskonfiskationen und ruinöse Abgaben wiederum die Möglichkeiten zur Auswanderung. Bei der Auswanderung wurden hohe Abgaben fällig, die praktisch einer Enteignung gleichkamen. Somit hatten nur wohlhabende Juden überhaupt die Chance, legal in fremdes Land zu emigrieren. Die „Reichsfluchtsteuer“ sowie andere auf die wirtschaftliche Vernichtung zielende Verordnungen wurden nicht zuletzt deswegen erlassen, weil man die Juden völlig verarmt ins Ausland schicken wollte. Die Nazis hofften, somit den Antisemitismus zu exportieren, wenn die verarmten Juden in ihren Emigrationsländern zum sozialen Problem würden. Die ablehnende Haltung vieler Länder war Wasser auf den Mühlen der NS-Propaganda. So höhnte Hitler in einer Rede vom 30. Januar 1939: „Es ist ein beschämendes Schauspiel, heute zu sehen, wie die ganze Welt der Demokratie vor Mitleid trieft, den armen gequälten jüdischen Volk gegenüber allein hartherzig verstockt bleibt angesichts der dann doch offenkundigen Pflicht, zu helfen.“

Die dritte Auswanderungswelle

Die Politik der gleichzeitigen Behinderung und dem Druck zur Emigration wurde 1938 aufgegeben. Während der „Juniaktion“ 1938 wurden ca. 1.500 jüdische Männer verhaftet und in KZ verschleppt. Eine Freilassung war nur möglich, wenn die Familie eine konkrete Auswanderungsmöglichkeit direkt aus KZ vorlegen konnte. Höhepunkt der Eskalation der antisemitischen Maßnahmen war die „Reichspogromnacht“ vom 9./10. November 1938. In ganz Deutschland wüteten SA und SS. Jüdische Synagogen wurden angesteckt, die Schaufenster von jüdischen Geschäften wurden zertrümmert und die Wohnungen jüdischer Bürger wurden demoliert und ihre Bewohner misshandelt. Nach dieser Terror-Nacht waren 91 Menschen gestorben, 267 jüdische Gottes- und Gemeindehäuser zerstört und 7.500 jüdische Geschäfte zertrümmert. An den Folgen der Ausschreitungen starben insgesamt weit mehr als 1.300 Menschen. Am 10. November wurden mehr als 30.000 männliche Juden in KZ verschleppt. Dieser Terror und die zunehmende Entrechtung, die Enteignungen und "Zwangsarisierungen" sollten die Juden zur Auswanderung zwingen.

Nach den Novemberpogromen gab es daher nur noch wenige Juden, die nicht nach einer Emigrationsmöglichkeit suchten. Die vorher relativ geregelte Emigration erlebte einen völligen Zusammenbruch. Die Stimmung schlug um zu einem: „Rette sich, wer kann!“ Die Überschwemmung des Auslands mit Auswanderungs-Gesuchen führte dazu, dass die vorgesehenen Quoten mehr als erschöpft waren. Dies stellte für die Juden eine ausweglose Situation dar. Besonders die jüdischen Frauen bemühten sich für ihre in KZ verhafteten Männer um die notwendigen Papiere, was jedoch oftmals schwierig war. Der Handel mit dubiosen Tickets und wertlosen Einreisevisa florierte. Für viele Länder, zum Beispiel Kuba, war bei Landung ein Vorzeigegeld als Anfangskapital nötig, das wegen der deutschen Devisenbestimmungen nur von ausländischen Verwandten oder Freunden gestellt werden konnte. Ein Pass konnte bei der Polizei beantragt werden, wenn Unbedenklichkeitsbescheinigungen verschiedener Finanzämter, dass alle Steuern bezahlt und auch die sogenannte „Reichsfluchtsteuer“ entrichtet worden war. Zudem wurde nach der Reichspogromnacht von den deutschen Juden ein Anteil an der „Sühneabgabe“ von insgesamt 1 Milliarde Reichsmark gefordert. Diese ganzen Summen zu begleichen war schwierig für die deutschen Juden, da seit Ende April 1938 jüdische Vermögen beschlagnahmt worden waren.

Zweiter Weltkrieg

Mit Kriegsbeginn 1939 wurde es noch schwieriger auszuwandern. Der atlantische Seekrieg beeinträchtigte die Seewege nach Nord- und Südamerika stark, da nur noch spanische, portugiesische, argentinische und chilenische Reedereien den zivilen Schiffsverkehr mit der Neuen Welt aufrechterhielten. Nach dem Kriegseintritt Italiens im Sommer 1940 war auch das Mittelmeer zum Kriegsgebiet geworden. Daher war keine Einschiffung in italienische und griechische Häfen mehr möglich. Über Italien hatte auf dem Seeweg die illegale Emigration nach Palästina stattgefunden. Somit war auch dieser Weg geschlossen. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 führte auch kein Weg mehr nach Ostasien mit der Transsibirischen Eisenbahn. Von dort hatte es die Möglichkeit zur Weiterreise nach Shanghai und Hongkong gegeben. Zudem unterbanden die kriegführenden Länder jede Einwanderungsmöglichkeit. Die neutralen Staaten beschränkten die Zahl der Einwanderer massiv.

Ausreiseverbot und Ausbürgerung

Am 23. Oktober 1941 wurde ein Ausreiseverbot erlassen. Die NS-Politik gegenüber den Juden hatte sich wiederum gewandelt. Ziel war nun nicht mehr die Austreibung aus Deutschland sondern die Vernichtung des europäischen Judentums. Die Vorbereitungen zu den Deportationen waren 1941 abgeschlossen. Die NS-Regierung begann, die „Endlösung“ in Angriff zu nehmen. Am

21. November 1941 erfolgte die pauschale Ausbürgerung aller deutschen Juden. Sie machte aus den Flüchtlingen Staatenlose, was die Aufnahme in potentielle Asylländer zusätzlich behinderte.

Ausreise aus Europa

Die Besetzung weiter Gebiete Europas durch das Deutsche Reich entzog zahlreichen Flüchtlingen das sicher geglaubte Refugium und zwang sie zur weiteren Emigration. Dies geschah vor allem nach dem Zusammenbruch Frankreichs im Juni 1940. Eine neue Fluchtwelle schwappte größtenteils über die Pyrenäen nach Spanien, Portugal und Übersee. Nur ein kleiner Teil wandte sich in neutrale Länder wie die Schweiz oder nach Schweden. Nicht allen gelang die Flucht. Nur wenige konnten im besetzten Europa mit gefälschten Papieren oder in Verstecken überleben. Viele wurden auch nach Besetzung ihrer Asylländer deportiert. Die Repressionen mit dem Ziel der Auswanderung hatten sich zur gezielten Vernichtung des europäischen Judentums gesteigert.

Quelle: <https://www.auswanderung-rlp.de/emigration-in-der-ns-zeit/allgemeines-juedische-auswanderung.html>

23. Juni 2010: Rede von Noach Flug anlässlich des Festakts zum zehnjährigen Bestehen der Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft"

"Ich war zwanzig Jahre alt und ich wog 32 Kilo"

Sehr geehrter Herr Minister Dr. Schäuble, Sehr geehrter Herr Dr. Jansen, Sehr geehrter Herr Saathoff, Verehrte Kuratorinnen und Kuratoren, Sehr geehrte Damen und Herren,

Das Stiftungsgesetz, das vor zehn Jahren parteiübergreifend verabschiedet wurde, war Ausdruck einer gemeinsamen Anstrengung von Bundesregierung, deutscher Industrie und Opfervertretern, um nach Jahrzehnten endlich ein Stück Gerechtigkeit für die ehemaligen Sklaven- und Zwangsarbeiter zu erreichen. Das Gesetz diente zwei Zielen: Zum einen der Auszahlung einer Entschädigungsleistung an ehemalige Sklaven- und Zwangsarbeiter in aller Welt; zum anderen der Einrichtung eines Fonds, der dauerhaft die Erinnerung an die Verbrechen des nationalsozialistischen deutschen Staates und an das Leid der Opfer wach halten soll.

Heute, zehn Jahre später, wissen wir, dass die Bundesstiftung sehr erfolgreich gearbeitet hat. Dazu haben auch die Partner-Organisationen in den jeweiligen Ländern Wesentliches beigetragen. Der Erfolg der Stiftung liegt besonders darin, dass mehr als 50 Jahre nach Kriegsende doch noch mehr als 1,7 Millionen Menschen aus dem millionenfachen Heer der Zwangsarbeiter finanziell unterstützt werden konnten. Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um allen in der Stiftung und andernorts Beteiligten sehr herzlich zu danken: Sie haben weit über das professionelle Engagement hinaus, unsern Weg – den Weg der Opfer – in diesen letzten Jahren mit menschlicher Zuwendung und persönlichem Interesse an unserer Geschichte begleitet!

Meine Damen und Herren, ich war vierzehn Jahre alt, als ich in meiner Heimatstadt Lodz ins Ghetto umgesiedelt wurde. Von dort kam ich 1944 nach Auschwitz, später dann der Todesmarsch, Groß-Rosen und Ebensee, wo ich am 6. Mai 1945 befreit wurde: Ich war zwanzig Jahre alt und ich wog 32 Kilo. Als ich nach Lodz zurückkehrte lebte von meinen über 100 Verwandten niemand mehr. In meinem zweiten Leben habe ich studiert und eine Familie gegründet. Seit 2002 bin ich Präsident des Internationalen Auschwitz Komitees. Zugleich bin ich Präsident des Centre of Holocaust Survivors in Israel und repräsentiere so alle Überlebenden unabhängig von ihrer Nationalität, ihrer Herkunft oder ihrer Religion.

Die Erinnerung, meine Damen und Herren, ist wie das Wasser: Sie ist lebensnotwendig und sie sucht sich ihre eigenen Wege in neue Räume und zu anderen Menschen. Sie ist immer konkret: Sie hat Gesichter vor Augen, und Orte, Gerüche und Geräusche. Sie hat kein Verfallsdatum und sie ist nicht per Beschluß für bearbeitet oder für beendet zu erklären.

Auch deshalb wollen wir als Opfer und sollen wir als Opfer nicht vergessen werden. Auch die heutige und die zukünftige Welt müssen wissen, wie das Unrecht, die Sklaverei der Zwangsarbeit und der Massenmord organisiert wurden und wer die Verantwortlichen dafür waren. Dies soll immer wieder dokumentiert und den jungen Menschen erklärt werden: Zur Erinnerung an uns und unsere ermordeten Angehörigen und zu ihrem Schutz in ihrer Zukunft. Diese Erinnerung an unser Leid und an die Verbrechen der Nationalsozialisten soll deshalb auch zukünftig das wesentliche Anliegen der Stiftung sein und ein zentraler Aspekt der großen Menschenrechtsdebatte, die weltweit geführt wird.

Jetzt im fortgeschrittenen Alter sehe ich wie die gesundheitlichen Spätfolgen der NS-Verfolgung mit verstärkter Wucht bei vielen meiner Leidensgenossen zutage treten. Gekoppelt mit

Altersarmut, sozialer Isolation und traumatisierender Rückerinnerung bestimmen sie den Lebensabend vieler NS-Opfer.

Gewissenhaft, sehr geehrte Damen und Herren, gedenken wir der zahllosen Toten des nationalsozialistischen Terrors, in Deutschland ebenso wie in Israel oder andernorts in der Welt. Eine eben solche Verpflichtung zur Erinnerung haben wir auch gegenüber den bis heute überlebenden NS-Opfern. Solange NS-Opfer unter uns sind, muss auch die Stiftung -Erinnerung, Verantwortung und Zukunft- ihre Projektarbeit auf diese ausrichten. Ich würde mir wünschen, dass dies angesichts der besonderen Notlage vieler NS-Opfer in noch stärkerem Maße geschieht.

Das Wichtigste, was wir – die Überlebenden – geleistet haben, meine Damen und Herren: Wir haben nicht geschwiegen: Bei unendlich vielen Gesprächen haben Überlebende in aller Welt und vor allem in Deutschland über ihre Erinnerungen und ihre Erfahrungen mit jungen Menschen gesprochen: Als Beitrag zur Demokratie, zu Toleranz und gegen Antisemitismus und Rechtsextremismus. Ohne Haß und mit großer pädagogischer und politischer Verantwortung: Daß Deutschland, verehrte Anwesende, heute seinen Platz unter den geachteten Demokratien der Welt einnehmen kann, das ist auch dieser Haltung der Überlebenden, dieser Haltung von uns zu danken.

Mein persönlicher Appell als Überlebender des Holocaust geht an Sie, verehrte Herren Vorsitzende und verehrte Kolleginnen und Kollegen aus dem Kuratorium, Alles in unseren Kräften Stehende zu tun, damit die NS-Opfer einen Lebensabend in Würde verbringen können. Und die jungen Menschen bitte ich, unsere Erinnerungen aufzunehmen in ihre Räume und in ihre Welt, damit sie heute und in der Zukunft Sensibilität für aktuelles Unrecht entwickeln, wo auch immer und gegen wen auch immer es geschieht.

Ich danke Ihnen.

Quelle: Rede von Noach Flug anlässlich des Festakts zum zehnjährigen Bestehen der Stiftung "Erinnerung, Verantwortung und Zukunft". <https://www.auschwitz.info/de/essentials/wichtige-reden/2010-noach-flug.html>.